

Geschichte des Nahost-Konflikts

Muriel Asseburg / Volker Perthes

(erschienen in: Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 278/2008, Mai 2008, S. 60-68)

Der Nahost-Konflikt begann nicht erst mit dem Krieg von 1948, der wie alle weiteren arabisch-israelischen Kriege mit zwei Namen in das regionale Geschichtsbewusstsein einging: als Unabhängigkeitskrieg bei den Israelis, als *Nakba* (arab.; Katastrophe) bei den Arabern. Die Ergebnisse dieses ersten arabisch-israelischen Krieges veränderten aber die nahöstliche Landkarte grundlegend, und sie bestimmen bis heute die Konturen einer möglichen friedlichen Lösung.

Entwicklungen bis 1991

Israelische Staatsgründung und Krieg von 1948

Der offene Krieg brach mit dem Abzug der britischen Mandatsmacht, die den Konflikt zwischen der palästinensischen Bevölkerung und den jüdischen Einwanderern nicht zu regeln vermocht hatte, und der gleichzeitigen Gründung Israels aus. Die arabischen Staaten standen unter dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Ländern, die eine Teilung des historischen Palästina und die Entstehung eines Staates jüdischer Siedler nicht hinnehmen wollte. Sie hatten deshalb den UN-Teilungsplan von 1947 abgelehnt. Gleichzeitig waren sie aber militärisch zu schwach, um die Gründung Israels zu verhindern.

Vor allem Jordanien, Ägypten und Syrien versuchten, zumindest Teile Palästinas unter arabische Kontrolle zu bringen. Die israelische Führung hatte den Teilungsplan zwar akzeptiert, betrachtete die darin vorgesehenen Grenzen aber spätestens mit Beginn des Krieges als hinfällig. Im Laufe der militärischen Auseinandersetzungen eroberten die israelischen Truppen das seither international als Staatsgebiet Israels anerkannte Territorium. Jordanien behielt die Kontrolle über die *West Bank* (Westjordanland) einschließlich Ost-Jerusems, die es 1950 annektierte. Ägyptische Truppen besetzten den Gaza-Streifen, der unter ägyptische Verwaltung gestellt wurde. Syrien machte einige Geländegewinne an der Golanfront. 1949 schlossen Israel und seine Nachbarstaaten unter Vermittlung der UN bilaterale Waffenstillstandsabkommen, die das militärische Ergebnis im Prinzip bestätigten. Ein Friedensschluss erfolgte nicht, da die arabischen Staaten direkte Verhandlungen mit Israel ablehnten.

Die arabische Niederlage wirkte auf die gesamte Region. Sie machte Israel zum von seiner Umgebung zwar nicht anerkannten, aber realen Akteur im nahöstlichen Kräftefeld. Mit der Vertreibung und Flucht eines großen Teils der palästinensischen Bevölkerung entstand zudem ein Konfliktgegenstand, der bis heute keine Lösung gefunden hat. Die Anwesenheit hunderttausender Palästinenserinnen und Palästinenser nicht nur in den Nachbarstaaten Israels, sondern auch in entfernten arabischen Ländern wie dem Jemen, den Golfmonarchien, dem Irak oder Tunesien hat wesentlich dazu beigetragen, dem palästinensisch-israelischen Konflikt eine gesamtarabische gesellschaftliche Dimension zu geben.

Für Israel entwickelte sich aus der Entstehung im Krieg ein Gründungsmythos, der vor allem als Gründungstrauma wirkte: die ständige Bedrohung durch eine Überzahl von Feinden, die schon den entstehenden Staat zerstören wollten und dem entstandenen jegliche Legitimität abstritten.

Der Krieg von 1956

Bis Mitte der 1950er Jahre versuchten ägyptische, syrische und vor allem jordanische Führer, mit der israelischen Regierung ins Gespräch zu kommen, wobei aus innenpolitischen Gründen solche Bemühungen geheim blieben. Die Regime waren allesamt politisch zu schwach, um sich gegen den Widerstand eines großen Teils der eigenen politischen und militärischen Eliten zu stellen, die eine auch nur faktische Anerkennung Israels ablehnten. Zudem war die israelische Führung an einer Friedensregelung nicht interessiert, die eine Entschädigung oder die Rückkehr palästinensischer

Flüchtlinge mit sich gebracht und die Grenzen Israels festgelegt hätte. So verliefen diese frühen Ansätze einer arabisch-israelischen Konfliktregelung im Sande.

Als der israelische Staat sich 1956 am Angriff Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten beteiligte – dem Sinai-Krieg oder, in der arabischen Diktion, der trilateralen Aggression – gab dies erneut Anlass zu arabischem Zorn. Britische und französische Truppen besetzten den von Ägypten zuvor verstaatlichten Suez-Kanal, Israel den Gaza-Streifen und weite Teile des Sinai. Der israelischen Führung ging es dabei weniger um den Kanal als um einen Sturz des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd al-Nasser, dessen Aufrüstungspolitik und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sie mit Sorge betrachtete. Der Feldzug verfehlte seine Ziele in jeder Hinsicht: Großbritannien, Frankreich und Israel wurden unter amerikanischem Druck gezwungen, ihre Truppen wieder abzuziehen; Abd al-Nasser wurde nicht geschwächt, sondern stieg zur Führungsfigur in der arabischen Welt auf.

1967 und die Folgen

Selbst arabische Nationalisten wie Abd al-Nasser suchten die militärische Auseinandersetzung mit Israel nicht. Sie unternahmen aber ähnlich wie die Führung Israels in dieser Zeit auch keine ernsthaften Bemühungen, den Konflikt friedlich zu regeln. Eine akute Auseinandersetzung entzündete sich, als Israel 1964 einen Teil des Jordanwassers für eigene Bewässerungsprojekte abzuleiten begann. Dies bedrohte die Wasserversorgung Jordaniens. Spannungen bauten sich auch an anderen Fronten auf. Ebenfalls 1964 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet, und Fatah, die Organisation des späteren PLO-Chefs Jassir Arafat, begann mit bewaffneten Aktionen gegen Israel. Angriffe der israelischen Armee auf Ziele in Jordanien, Syrien oder im Gaza-Streifen häuften sich, da von dort aus immer wieder Freischärler nach Israel eindringen und Anschläge ausführten.

Abd al-Nasser ließ im Frühjahr 1967 ägyptische Truppen in den Sinai verlegen und den Golf von Aqaba für die israelische Schifffahrt sperren – auch um dem Vorwurf entgegenzutreten, dass sein Land Israel gegenüber untätig bleibe. Für die israelische Regierung war nicht zuletzt diese Blockade des Golfs von Aqaba – und damit des Zugangs zum Hafen der im Süden gelegenen israelischen Stadt Elat – ein Kriegsgrund. Trotz der Spannungen und der allgemeinen Kriegsstimmung waren Ägypten, Syrien und Jordanien überrascht, als Israel am 5. Juni angriff: Die israelische Armee konnte innerhalb weniger Tage den Gaza-Streifen und den Sinai, die syrischen Golanhöhen sowie die West Bank mit Ost-Jerusalem besetzen.

Aus der Sicht Israels, das sich von einer feindlichen Umgebung bedroht fühlte und seine staatliche Existenz nicht anerkannt sah, war der Krieg ein Präventivkrieg, der mit einigem Stolz „Sechs-Tage-Krieg“ genannt wurde. Für die arabische Welt stellte er sich dagegen als Aggression Israels und als Rückschlag (arab.: *al-Naksa*) dar. In jedem Fall markierte dieser Krieg einen bedeutenden Einschnitt in der regionalen Geschichte: Israel wurde nicht nur zur Besatzungsmacht im Sinai, sondern auch auf dem Golan und über die palästinensische Bevölkerung in der West Bank, in Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen.

Zur Beratung der Kriegsfolgen hielten die arabischen Staatschefs im September 1967 eine Gipfelkonferenz im sudanesischen Khartum ab. Dort erklärten sie zwar, dass es „keinen Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel“ geben solle. Neben diesen „drei Neins“ beschrieben sie aber auch eine neue Grundlage für ihre Politik: Sie wollten auf internationaler Ebene politisch darauf hinwirken, den „Abzug der israelischen Streitkräfte aus den im Juni-Krieg eroberten arabischen Gebieten sicherzustellen“. In der realen Politik Ägyptens, Jordaniens, mit einiger Verzögerung auch Syriens und später der PLO, ging es fortan also um die Wiedergewinnung der 1967 besetzten Gebiete – explizit nicht um die Vernichtung Israels. Was fehlte, war der politische Mut, dies auch offen zu erklären.

Fürs Erste verhärteten sich die arabisch-israelischen Fronten. Die israelische Regierung war nicht bereit, alle eroberten Gebiete für einen Friedensvertrag wieder aufzugeben. Die Absichtserklärung der arabischen Staaten, nicht mit Israel zu verhandeln, stärkte dort die Position derjenigen, die die Kontrolle über die besetzten Gebiete verfestigen wollten. Schon 1968 begann der Siedlungsbau – entgegen den Warnungen von Realpolitikern wie David Ben Gurion, die darin eine Bedrohung für zukünftige Bemühungen um Frieden mit den arabischen Nachbarn sahen. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen israelischen Truppen und palästinensischen Kämpfern. Ägypten initiierte 1969 einen Kleinkrieg am Suezkanal und erhoffte sich dadurch, Bewegung in die festgefahrene Konfliktlage zu bringen. Den USA und den UN gelang zwar die Vermittlung eines Waffenstillstands; ihre Versuche, eine regionale Lösung auf Grundlage der 1967 verabschiedeten UN-Sicherheitsratsresolution 242 zustande zu bringen, die inhaltlich erstmals das „Land-für-Frieden“-Prinzip enthielt, blieben aber erfolglos.

Oktober-Krieg 1973 und erster Friedensprozess

Ägypten war mehr als andere Staaten in der Region an einer Konfliktlösung mit Israel interessiert, denn nur ein Rückzug Israels konnte Ägypten seine Ölfelder auf dem Sinai zurückbringen und eine Wiedereröffnung des Suez-Kanals ermöglichen. Nachdem Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat, der Nachfolger Abd al-Nassers, die Hoffnungen auf internationale Vermittlung aufgegeben hatte, bereitete er gemeinsam mit Syrien einen begrenzten Krieg vor. Es ging angesichts der militärisch-technologischen Überlegenheit Israels in erster Linie darum, überhaupt einen Erfolg zu erzielen, der die israelische Regierung zu Verhandlungen bringen würde. Unterstützt wurde er dabei von Saudi-Arabien, das den Einsatz der „Ölwaffe“ gegen jene Staaten versprach, die Israel unterstützen würden. Am 6. Oktober 1973 überquerten ägyptische Truppen den Suez-Kanal; Syrien griff auf dem Golan an und machte zunächst rasche territoriale Gewinne.

Der Oktober- oder Ramadan-Krieg, wie er in der arabischen, bzw. *Jom-Kippur*-Krieg, wie er in der israelischen Geschichtsschreibung heißt, wurde ein politischer Erfolg der arabischen Staaten: Er demonstrierte, dass Israel nicht unbesiegbar war. Dabei zählte der militärische Durchbruch mehr als die Tatsache, dass Israel dank amerikanischer Waffenhilfe das Blatt bald wenden konnte, die syrische Armee wieder vom Golan trieb und seinerseits tief nach Ägypten vorstieß.

Tatsächlich leitete der Krieg einen ersten nahöstlichen Friedensprozess ein. 1974 wurden unter amerikanischer Vermittlung ein ägyptisch-israelisches und ein syrisch-israelisches Truppenentflechtungsabkommen abgeschlossen. Syrien und Ägypten erhielten dabei jeweils Teile des 1967 besetzten Territoriums zurück, während gleichzeitig an beiden Fronten Sicherheitsarrangements vereinbart wurden. Die Abkommen galten ausdrücklich als Schritt zu einem späteren „gerechten und dauerhaften Frieden“. Vieles sprach dafür, dass die Beteiligten sie auch so auffassten. Auch die PLO leitete nach dem Oktober-Krieg einen Strategiewechsel ein und beschloss, dass ein künftiger palästinensischer Staat „auf jedem befreiten Stück“ Palästinas errichtet werden könne.

Ägyptisch-israelischer Friedensvertrag 1979

Die arabischen Staaten waren sich keineswegs einig über den Weg zum Frieden. Der ägyptische Staatspräsident Sadat brachte im November 1977 mit seiner spektakulären Reise nach Jerusalem und seiner Rede vor der Knesset erneut Bewegung in die Situation. In der Folge handelten Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin unter aktiver Beteiligung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter die Rahmenvereinbarungen von Camp David aus. Im März 1979 wurde dann der ägyptisch-israelische Friedensvertrag – der erste und auf weitere 15 Jahre einzige Friedensvertrag zwischen Israel und einem arabischen Staat – unterzeichnet.

Erst 1994 kam eine weitere Friedensvereinbarung zwischen Israel und einem Nachbarstaat zustande. Im Oktober dieses Jahres unterzeichneten der israelische Premier Jizchak Rabin und sein jordanischer Amtskollege Abdelsalam al-Majali den israelisch-jordanischen Friedensvertrag.

Der israelisch-ägyptische Vertrag war eine Umsetzung des „Land-für-Frieden“-Prinzips. Aus israelischer Sicht war er ein klarer Erfolg: Israel gab zwar Territorium auf, gewann aber Frieden mit seinem größten Nachbarn und wurde durch amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe entschädigt. Aus amerikanischer Sicht war das Abkommen ein Durchbruch, das allerdings hinter einer gewünschten umfassenden Lösung des Nahost-Konflikts zurückblieb. In Ägypten blieb es umstritten. Tatsächlich brachte der Alleingang Sadats Ägypten den Sinai zurück. Ägypten wurde zudem ein bevorzugter Partner der USA und der nach Israel wichtigste Empfänger amerikanischer Finanzhilfe. Die meisten arabischen Staaten lehnten den „Separatfrieden“ ab und schlossen Ägypten sogar vorübergehend aus der Arabischen Liga aus; denn der Friedensvertrag veränderte die regionalen Kräfteverhältnisse zugunsten Israels, das seine militärischen Kräfte nun im Osten und Norden konzentrieren konnte.

Libanon-Invasion 1982

Nach dem Ausscheiden Ägyptens aus der „Front“ gegen Israel brauchte die israelische Regierung arabische Reaktionen auf eigene Schritte kaum noch zu fürchten, auch wenn diese eher zur Verschärfung der Konfliktsituation beitrugen. Im Sommer 1982 führte Israel eine große Libanon-Invasion durch. Ein erster, begrenzter Einmarsch hatte schon 1978 stattgefunden und zur Besetzung eines Grenzstreifens im Süden des Landes geführt. Mit der Invasion von 1982 verbanden Begin und sein Verteidigungsminister Ariel Scharon weitreichende Ziele: Sie wollten die PLO, die Teile des

Libanon kontrollierte und diese zu Angriffen auf Israel nutzte, von dort vertreiben. Außerdem sollte Syrien geschwächt und im Libanon ein israelfreundliches Regime installiert werden.

Anstatt die regionalen Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu ordnen, verstrickten Begin und Scharon Israel allerdings in den libanesischen Bürgerkrieg. Die israelische Armee wurde mitschuldig an den Kriegsverbrechen ihrer Verbündeten – vor allem an den Massakern, die christliche Milizen im September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila verübten. Israel brauchte fast zwei weitere Jahrzehnte und die Erfahrung eines langen Kleinkrieges, um im Mai 2000 unter Ministerpräsident Ehud Barak den Libanon wieder zu verlassen.

Die arabischen Staaten bemühten sich – nicht zuletzt unter dem Schock der Libanon-Invasion, der sie weitgehend tatenlos zugesehen hatten – um eine gemeinsame Haltung zum arabisch-israelischen Geschehen. Im September 1982 beschlossen sie im marokkanischen Fez einen Friedensplan für den Nahen Osten, der für die nächsten Jahre die offizielle arabische Position im Friedensprozess bestimmen sollte. Er forderte den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, die Räumung der Siedlungen sowie die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates und verlangte gleichzeitig internationale Friedensgarantien „für alle Staaten“ in der Region. Dies schloss Israel ein, ohne es direkt zu nennen.

Die erste Intifada

Die arabische Initiative blieb folgenlos. Im Dezember 1987 nahm die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten die Dinge schließlich selbst in die Hand und begann einen weitgehend zivilen Aufstand gegen die israelische Besatzung. Dieser Aufstand, die so genannte *Intifada* (arab. für abschütteln), machte deutlich, dass die palästinensische Frage nicht zu ignorieren war und rief eine gewisse internationale Sympathie für den palästinensischen Kampf gegen die Besatzung hervor. Die PLO reagierte, indem sie Ende 1988 im Exil einen palästinensischen Staat ausrief und damit die 40 Jahre zuvor von der UNO prinzipiell beschlossene Teilung des historischen Palästina in einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen Staat akzeptierte.

Der zweite Golfkrieg, der im August 1990 mit der irakischen Kuwaitinvasion begann, erhöhte die Chancen für eine Regelung des arabisch-israelischen Konflikts. Denn die USA hatten den arabischen Staaten eine Friedensinitiative im Nahen Osten versprochen, um Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Motive für den massiven Einsatz amerikanischer Militärmacht am Golf zu zerstreuen. Die PLO war, nachdem sie im Krieg die „falsche Seite“ gewählt hatte (da sie den Irak zumindest nicht verurteilt hatte), politisch und finanziell geschwächt. Sie war dementsprechend bereit, sich auf Verhandlungen einzulassen, auch wenn diese ihren Vorstellungen von gleichberechtigter Repräsentation nicht entsprachen. Israels rechte Regierung unter Jizchak Schamir hätte eine internationale Friedenskonferenz lieber verhindert, konnte sich aber ein offenes Stören der amerikanischen Pläne nicht leisten. Das lag unter anderem daran, dass Israel an strategischem Wert für die USA verloren hatte: Schließlich hatte Washington sich im Golfkrieg wesentlich auf arabische Alliierte gestützt.

Neue Konsenssuche in Madrid

So begann Ende Oktober 1991 mit der Friedenskonferenz von Madrid eine neue Etappe des nahöstlichen Friedensprozesses. Erstmals nahmen an einer Nahost-Konferenz sowohl Israel als auch Jordanien, dessen Delegation palästinensische Vertreter einschloss, Syrien und der Libanon teil. Aus der Konferenz gingen bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und jeweils einer arabischen Partei sowie multilaterale Arbeitsgruppen hervor, die sich unter breiter internationaler Beteiligung mit regionalen Problemen beschäftigten. Dazu gehörten Rüstungskontrolle, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Flüchtlings- und Umweltfragen. Das Ziel war die Schaffung gemeinsamer Interessen durch regionale Kooperation und die Überwindung der Nullsummenmentalität, die die Beziehungen nahöstlicher Staaten bestimmt – also die Vorstellung, dass jeder Vorteil der einen Seite automatisch ein Nachteil für die andere Seite bedeuten würde.

Zu ernsthaften bilateralen Gesprächen kam es erst, als Israels Ministerpräsident Schamir 1992 durch Jizchak Rabin abgelöst wurde. Rabin galt, anders als sein Außenminister und Nachfolger Schimon Peres, keineswegs als „Taube“, sondern als sicherheitspolitischer Hardliner. Gerade deshalb genoss er innerhalb Israels breites Vertrauen und in der arabischen Welt die Glaubwürdigkeit, der es bedurfte, um Verhandlungen auf den Weg zu bringen, die auf die Rückgabe von Territorium und die Anerkennung der Legitimität des „Feindes“ hinauslaufen würden. Insofern war die Ermordung Rabins

durch einen israelischen Rechtsextremisten im November 1995 ein schwerer Schlag für den Friedensprozess.

Der Oslo-Prozess

Die in Madrid aufgenommenen und in Washington fortgeführten israelisch-palästinensischen Verhandlungen wurden rasch durch geheime Gespräche, in einem so genannten „*second track*“ in Norwegen, bedeutungslos gemacht. Dabei wurde das schließlich am 13. September 1993 in Washington unterzeichnete israelisch-palästinensische Prinzipienabkommen oder Oslo-I-Abkommen erarbeitet. Dieses leitete einen Prozess ein, bei dem Israel nach und nach Territorium und politische Zuständigkeiten an eine dazu gebildete Palästinensische Autorität (PA) übergeben sollte. Die kompliziertesten politischen und territorialen Fragen – darunter der Status Jerusalems, die Zukunft der israelischen Siedlungen und der Flüchtlinge sowie die Grenzziehung zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen – wurden auf spätere Verhandlungen vertagt. Im September 1995 kam es zum Interimsabkommen („Oslo II“). Dieses unterteilte die West Bank in Gebiete mit unterschiedlichem Status und je eigenen Kompetenzen für Israel und die PA (so genannte A-, B- und C-Gebiete). Ende 1995 zog Israel seine Truppen aus den meisten Städten der West Bank ab. Der weitere Zeitplan, demzufolge Israel seine Truppen nach und nach aus weiteren Gebieten zurückziehen und die auf fünf Jahre angesetzte Übergangsperiode im Mai 1999 mit einem Friedensabkommen abgeschlossen werden sollte, verzögerte sich allerdings. Insbesondere während der Regierungszeit Benjamin Netanjahus (1996-1999) stagnierte der Prozess.

Nach den letzten Truppenumgruppierungen im März 2000 standen nach wie vor rund 40 Prozent des Gaza-Streifens und 60 Prozent der West Bank unter direkter israelischer Besatzung (C-Gebiete) mit einem Bevölkerungsanteil von unter zehn Prozent. Zudem handelte es sich bei den palästinensisch kontrollierten Gebieten um voneinander isolierte Enklaven, die von israelischen Militärstützpunkten, Siedlungen, Verbindungsstraßen und landwirtschaftlichen Gebieten gleichsam umschlossen waren. So genannte „*safe passages*“ zwischen Gaza-Streifen und West Bank wurden zwar ausgeschildert, blieben aber unter israelischer Kontrolle. Darüber hinaus kontrollierte Israel mittels eines Genehmigungssystems den Zugang von Palästinensern nach Israel, und damit auch in das 1980 annektierte Ost-Jerusalem, sowie durch ein System „interner Abriegelungen“ die Mobilität zwischen den verschiedenen palästinensischen Gebieten mit unterschiedlichem Status. Die Besatzungsmacht blieb folglich für die palästinensische Bevölkerung allgegenwärtig, auch wenn sie sich aus den Stadtzentren zurückgezogen hatte.

Gescheiterte Friedensbemühungen und 2. Intifada

Als 1999 Ehud Barak an die Macht kam, kam Hoffnung auf eine rasche Wiederaufnahme und auf einen absehbaren Abschluss der Verhandlungen auf. Die im Juli 2000 in Camp David unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton geführten Verhandlungen scheiterten allerdings. Obwohl in Camp David zum ersten Mal auf höchster Ebene über die komplexen Fragen des endgültigen Status verhandelt wurde und die israelische Seite territoriale Vorschläge für eine Zwei-Staaten-Option unterbreitete, blieben die israelischen Angebote doch weit hinter den palästinensischen Minimalforderungen zurück: einem zusammenhängenden Staatsgebiet im wesentlichen in den Grenzen von 1967, inklusive Ost-Jerusalems, und einer Lösung der Flüchtlingsfrage auf Basis der Sicherheitsratsresolution 194 (siehe S. 74). Israel wollte hingegen die großen Siedlungsblöcke in der West Bank annektieren und die Souveränität über ganz Jerusalem behalten. Ein individuelles Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge lehnte es ab. Eine Einigung konnte in der Kürze der Zeit nicht erzielt werden.

In Folge brach im Herbst 2000 das in Oslo vereinbarte Konfliktmanagement zusammen. Der Konflikt eskalierte in gewalttätige Auseinandersetzungen von ungekannter Schärfe. Auslöser der gewalttätigen Auseinandersetzungen waren der demonstrative Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg am 28. September 2000 und die blutige Niederschlagung der palästinensischen Proteste, die ihm folgten. Ursächlich für die zweite oder Al-Aqsa-*Intifada* waren jedoch die in der palästinensischen Bevölkerung angestauten Frustrationen über einen Friedensprozess, der ihnen in den letzten sieben Jahren weder ein Ende der Besatzung noch eine greifbare ökonomische Friedensdividende gebracht hatte. Ein bedeutender Teil der Unzufriedenheit der palästinensischen Bevölkerung richtete sich zudem auf die eigene Führung. Sie wurde von vielen als Handlangerin Israels

bei der Unterdrückung legitimer palästinensischer Interessen empfunden. Auch wurden ihr Selbstbereicherung, Korruption, Vetternwirtschaft und Repression vorgeworfen. Innerhalb weniger Monate entwickelte sich aus zunächst relativ friedlichen Massenprotesten ein bewaffneter Kampf militanter palästinensischer Gruppierungen. Ihre Angriffe richteten sich nicht nur gegen militärische Einrichtungen und Siedlungen in den besetzten Gebieten, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung in Israel. Die israelische Führung reagierte mit massiver Gewaltanwendung, Kollektivstrafen und der Liquidierung von Führungspersonal militanter palästinensischer Gruppierungen. Die Gewaltspirale drehte sich immer schneller. Sieben Jahre nach Ausbruch der Al-Aqsa-*Intifada* betrug die Zahl der Todesopfer über 1000 Israelis und mehr als 4000 Palästinenser.

Die arabische Friedensinitiative

Angesichts der Eskalation der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen verabschiedete die Arabische Gipfelkonferenz in Beirut im März 2002 eine vom saudischen Kronprinzen Abdallah lancierte „arabische Friedensinitiative“. Wenn Israel bereit sei, sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen, dann würden die arabischen Staaten zur vollen „Normalisierung“ ihrer Beziehungen mit dem jüdischen Staat bereit sein. Ein begrenzter Austausch von Territorien und Grenzkorrekturen wurde nicht ausgeschlossen. Ziel dabei war, einmal mehr deutlich zu machen, dass die Araber nicht Israel ablehnten, sondern Israels Vorgehen gegen die Palästinenser.

Allerdings fiel die Initiative in Israel nicht auf fruchtbaren Boden. Denn der Anschlag eines palästinensischen Attentäters auf eine Familienfeier am Pessachabend 2002 in Netanya, bei dem 19 Zivilisten in den Tod gerissen und über 100 verletzt wurden, verstärkte in Israel die Furcht vor dem Terrorismus und verdrängte das Friedensangebot aus Medien und Bewusstsein. Selbst israelische Friedenskräfte waren ernüchtert und sahen auf palästinensischer Seite keinen Partner mehr für einen friedlichen Ausgleich. Die jüdische Mehrheit stellte sich mit Fortgang der *Intifada* hinter die 2001 gebildete Regierung der nationalen Einheit. Im harten und geschlossenen Agieren bzw. Reagieren sah sie die einzige Möglichkeit, der angespannten Sicherheitssituation erfolgreich zu begegnen.

Wirtschaftliche Verwerfungen

Zu den Auswirkungen der Zweiten *Intifada* und den damit verbundenen Kosten des permanenten Armeeeinsatzes gehörte zunächst eine kräftige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Israels. Im Jahr 2001 sank die Industrieproduktion um 5,7 Prozent, die Bautätigkeit verringerte sich um 10,5 Prozent und der Tourismus ging um 50,1 Prozent zurück. Allein durch das Ausbleiben ausländischer Touristen büßte die Wirtschaft zwei Milliarden US-Dollar ein. 30000 Menschen verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosigkeit erreichte mit 10,6 Prozent die höchste Quote seit 1993. Die in den 1990er Jahren aufgenommenen Handelsbeziehungen zu einer Reihe arabischer Staaten wurden von diesen auf Eis gelegt. Die negative Entwicklung konnte aber in Israel relativ rasch gestoppt werden. Ab 2003 setzte wieder ein positives Wirtschaftswachstum ein, das in den Jahren darauf enorm anstieg und selbst während des Libanonkrieges 2006 nicht unter die Fünf-Prozent-Marke fiel. Insbesondere der Außenhandel Israels wurde nur vorübergehend und leicht in Mitleidenschaft gezogen; Importe und Exporte der in den globalen Markt integrierten Volkswirtschaft verzeichnen seit 2003 beachtliche Zuwachsraten.

Auf palästinensischer Seite waren die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Zweiten *Intifada* drastisch. Abriegelungen behinderten den Handel erheblich und die starke Reduzierung von Arbeitsgenehmigungen in Israel brachte für viele Palästinenser den Verlust des Arbeitsplatzes mit sich. Waren vor der *Intifada* noch rund ein Viertel der palästinensischen Berufstätigen in Israel oder den Siedlungen beschäftigt, waren es Mitte 2007 nur noch rund zehn Prozent. Arbeitskräfte aus dem Gaza-Streifen erhielten gar keine Genehmigungen mehr, um in Israel zu arbeiten. Das palästinensische Pro-Kopf-Einkommen fiel bis Ende 2006 um rund ein Drittel unter den Stand vor der *Intifada*. Nicht nur sank das Wirtschaftswachstum, auch hatte die palästinensische Wirtschaft mit massiver Kapitalflucht zu kämpfen; der Privatsektor brach in weiten Teilen zusammen. Der öffentliche Sektor wurde massiv ausgeweitet, um zumindest einen Teil der Arbeitskräfte zu absorbieren. Er wuchs von 1999 bis Mai 2007 um 60 Prozent auf nahezu 170000 Angestellte. Dennoch betrug die Arbeitslosenquote in der West Bank rund 20 Prozent, im Gaza-Streifen fast 35 Prozent. Trotz Hilfslieferungen durch die internationale Gemeinschaft stieg die Armut dramatisch an: Im Gaza-Streifen, der seit März 2006 fast vollständig abgeriegelt war und seit Juni 2007 einem weitgehenden Embargo unterworfen wurde, lebten Ende 2007 fast zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Weitere Dynamiken

Die *Intifada* setzte weitere Dynamiken in Gang: Im Juni 2002 begann die israelische Regierung mit dem Bau eines „Sicherheitszaunes“, der verhindern sollte, dass etwaige Attentäter über die Grüne Linie von der West Bank nach Israel, und damit auch nach Ost-Jerusalem, gelangen. Allerdings verlaufen die bis zu acht Meter hohen und zusätzlich mit Gräben und elektronischen Einrichtungen geschützten Anlagen durchweg einige hundert Meter, teilweise bis zu mehrere Kilometer innerhalb der West Bank – dadurch werden rund zehn Prozent ihrer Fläche abgetrennt – und verstoßen deshalb nach einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag vom Juli 2004 gegen internationales Recht. Einige palästinensische Ortschaften östlich der Grünen Linie, aber westlich der Sperranlagen bleiben gänzlich isoliert zurück. Andere Städte, wie Qalqilya in der nördlichen West Bank, werden nahezu vollständig von einer Mauer umschlossen oder, wie Bethlehem, durch die Mauer geteilt. Anfang 2008 waren die Sperranlagen bis auf wenige Kilometer in der südlichen West Bank fertig gestellt. Damit wurde auch eine neue geopolitische Realität geschaffen, die sich auf die künftige Grenzziehung auswirken wird.

Ende 2003 kündigte Premierminister Sharon in seinem „Abkoppelungsplan“ Maßnahmen an, um sich des internationalen Drängens zu entledigen, das aufgrund des Scheiterns von Friedensbemühungen im Rahmen der im gleichen Jahr vom Nahost-Quartett (bestehend aus Vertretern von USA, EU, Russland und den Vereinten Nationen) initiierten „Road map“ für Frieden zunahm. Gleichzeitig war er innenpolitisch unter Druck und wollte der „Genfer Initiative“ etwas entgegensetzen, die im Dezember 2003 lanciert wurde. Mit ihr wurde in Genf eine Blaupause für ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen vorgestellt, die Experten und Politiker beider Konfliktparteien inoffiziell erarbeitet hatten. Dennoch gelang es Sharon, mit seinem Plan die Agenda zu bestimmen: Statt auf Fortschritte im Friedensprozess zu setzen, räumte Israel im Sommer 2005 einseitig alle Siedlungen und militärischen Anlagen im Gaza-Streifen sowie vier Siedlungen in der nördlichen West Bank. Das Besatzungsregime endete damit im Gaza-Streifen freilich nicht. Israel behielt sich die Kontrolle über die Landgrenzen, die maritimen Grenzen und die Küstengewässer sowie den Luftraum vor.

Inwieweit die unilateralen Maßnahmen Israel letztlich mehr Sicherheit gebracht oder eher militante Kräfte gestärkt haben, bleibt umstritten. Im Sommer 2006 führte die israelische Armee eine größere Bodenoffensive im Gaza-Streifen durch, um einen entführten Soldaten zu befreien und gegen die Infrastruktur bewaffneter Gruppierungen vorzugehen. Gleichzeitig reagierte Israel im Libanon zunächst mit Luft-, später mit Bodenoperationen auf die Entführung weiterer Soldaten durch die Hisbollah. Erst einen Monat später konnten die kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Waffenstillstandsresolution 1701 des Sicherheitsrates beendet werden. Zwar fügte Israel der Hisbollah empfindliche Verluste zu, gleichzeitig gelang es der libanesischen „Partei Gottes“ aber, den Raketenbeschuss auf israelische Städte sogar noch zu intensivieren. Damit ging in den Augen vieler Beobachter die Hisbollah als Siegerin aus der Auseinandersetzung hervor, auf jeden Fall wurde die Abschreckungskraft Israels infolge des „göttlichen Siegs der Hisbollah“ – wie ihn Generalsekretär Hasan Nasrallah glorifizierte – empfindlich geschwächt.

In den palästinensischen Gebieten führten die gewalttätigen Auseinandersetzungen der *Intifada* nicht zuletzt zu einem weitgehenden Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft. Diese Dynamiken verstärkten sich mit dem Tod des langjährigen PLO-Vorsitzenden und Präsidenten Jassir Arafats am 11. November 2004, der als Ikone des palästinensischen Unabhängigkeitskampfes in allen politischen Strömungen Autorität genossen hatte.

Die Hamas (arabisches Akronym für Islamische Widerstandsbewegung) gewann zunehmend an Popularität. In den Jahren 2004/2005 beschloss sie, diese Beliebtheit auch in eine Beteiligung an der Macht umzusetzen, indem sie sich zunächst erfolgreich an Kommunal- und im Januar 2006 an Parlamentswahlen beteiligte. Überraschend trug sie den Wahlsieg davon und bildete eine Regierung, die allerdings von der internationalen Gemeinschaft weitgehend isoliert wurde. Dadurch sollte sie gezwungen werden, einen generellen Gewaltverzicht zu leisten und Israels Existenzrecht sowie alle bisherigen Verträge anzuerkennen. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Fatah (s. Seite 62), die ihre Wahlniederlage nicht eingestehen wollte, und Milizen der Regierung führten die Palästinenser an den Rand eines Bürgerkrieges. Im Februar des Folgejahres vermittelte Saudi-Arabien das so genannte Mekka-Abkommen, in dem sich die Kräfte auf eine Machtteilung und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit einigten. Hamas stimmte dabei unter anderem zu, dass der Präsident mit Israel Verhandlungen führen könne, wenn die Ergebnisse letztlich einem Referendum unterworfen würden. Dennoch dauerten die innerpalästinensischen Auseinandersetzungen an. Im Juni 2007 schließlich riss Hamas die Kontrolle über den Gaza-Streifen an sich. In Reaktion setzte Präsident Mahmud Abbas eine neue Regierung in der West Bank ein. Die internationale Gemeinschaft stellte sich auf Seiten der Regierung in Ramallah und verschärfte die Isolation von Hamas und die Blockade des Gaza-Streifens.